



WETZLARER ECHO

AUSGABE SEPTEMBER 2021

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)

Inhalt

Seite 2:
Olivgrün in den Krieg
Autostadt Wetzlar

Seite 3:
Afghanistan im Bundestag
22. Juni, Gedenken in Wetzlar

Kommentar: Alle Schmidt-einander gegen Irmer?

Hans-Jürgen Irmer hat es wieder einmal geschafft. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Herausgeber des "Wetzlar Kuriers" griff in einer Videobotschaft die GRÜNEN frontal an und zog darin den eindeutig doppeldeutigen und empörenden Vergleich zwischen Viehwirtschaft und Flüchtlingspolitik. Anlass genug für das Kampagnennetzwerk *compact!*, nun zur Wahl der SPD-Kandidatin Dagmar Schmidt aufzurufen. Wer Irmer verhindern möchte, so der Aufruf, wählt am Besten mit der Erststimme die aussichtsreichste Gegenkandidatin. Zudem gehöre sie als Sozial- und Familienpolitikern "zu den Linken in der SPD". Wir wollen daher einmal darauf aufmerksam machen: Frau Schmidt trägt als Mitglied der Regierungskoalition und als Abgeordnete der Agenda-SPD auch eine Mitverantwortung für die empörenden sozialen Zustände in diesem Land. Jedes vierte Kind in Wetzlar ist arm. Außenpolitisch befürwortete sie Sanktionen der EU gegen China, was friedenspolitisch das völlig falsche Signal ist. Frau Schmidt ist für uns daher unwählbar. -P.G.



Bild: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Keine Stimme für Sozialabbau, keine Stimme der NATO!

Am 26. September sind Bundestagswahlen. Wer auch immer von den aufgestellten Kandidaten danach den Anspruch auf die Kanzlerschaft erheben wird, eines ist schon jetzt sicher: Die arbeitenden Menschen, Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, kurzum: die Mehrheit der Bevölkerung wird für die Politik der letzten Jahre wieder einmal die Zechen bezahlen müssen. Denn trotz Wirtschaftskrise wurden großzügige Steuergeschenke an die großen Konzerne verteilt, während Hartz-IV Empfänger und die meisten Lohnabhängigen sich mit höheren Verbrauchssteuern und Nullrunden zufrieden geben mussten.

Ebenso in der Außenpolitik. Zwar gibt es kaum eine Kanzlerkandidatin, die nicht aus ganzem Herzen die Bedeu-

tung der westlichen Bündnisse EU und NATO für Deutschland betont. Weniger betont wird dabei allerdings, dass sich die EU in Artikel 42 des EU-Vertrages eine Verpflichtung zur Aufrüstung gegeben hat. Die NATO wiederum hält an dem Ziel fest, nach dem alle Mitgliedsstaaten 2% des BIP für Rüstung ausgeben sollen. Ganz in diesem Sinne ist auch der deutsche Rüstungshaushalt gerade erst 2020, zwischen zwei Corona-Wellen, heimlich, still und leise wieder erhöht worden.

Russland als Aggressor und China als Rivale - so reden nur Politiker, die aus den Katastrophen vergangener Kriege nichts gelernt haben. Dagegen ist Widerstand nötig: Im September an der Wahlurne und danach wieder auf der Straße! - P.G.

Olivgrün in den Krieg

Ökologie predigen, Kriegsfolgen ignorieren?

Ein Rückblick auf den Jugoslawienkrieg 1999, den die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder (SPD) und Bundesaußenminister Fischer (GRÜNE) unterstützten. Dieser völkerrechtswidrige Krieg hatte erhebliche "Kollateralschäden" (NATO-Sprecher Jamie Shea), also Schäden für Mensch und Natur zur Folge.

Im Folgenden ein Auszug aus dem SPIEGEL vom 03.05.1999. - unkommentiert -
"Nato-Bomber haben den petrochemischen Industriekomplex von Pancevo, 15km nordöstlich von Belgrad, in ein Inferno verwandelt. Es war der fünfte Angriff binnen weniger Wochen. Gewaltige Rauch- und Gasschwaden stiegen, als der Tag graute, über der Erdölraffinerie, der Düngemittelfabrik und den riesigen zylindrischen Treibstofftanks auf. Hunderte Kilometer donauaufwärts das gleiche Bild: Nahe der Industriestadt Novi Sad war in derselben Nacht auch die zweite Raffinerie des Landes, außerdem ein benachbartes Rohöl- und Butangasdepot in Flammen aufgegangen. [...] Je näher die Nato ihrem strategischen Ziel rückt, die kriegswichtige Infrastruktur Jugoslawiens zu zerstören, um so verheerender entwickeln sich die ökologischen Nebenwirkungen. In weiten Teilen Serbiens und des Kosovo, behauptet Branka Jovanovic, die Vorsitzende der oppositionellen Belgrader Grünen, sei schon jetzt die Umwelt schwer verseucht."

Fahrraddemos des Wetzlarer Verkehrswende-Bündnis

Immer am 1. Samstag des Monats, Treff um 14 Uhr am Rathaus Wetzlar

Als in den 1980er Jahren in der BRD atomare US-Mittelstreckenraketen stationiert werden sollten, entwickelte sich dagegen eine sehr breite Bewegung rund um den „Krefelder Appell“. Führende GRÜNE wie Petra Kelly und der Ex-Bundeswehrgeneral Gert Bastian waren selbstverständlich dabei. Spätestens mit dem Eintritt in die Regierung Schröder verloren die GRÜNEN jedoch ihre „Unschuld“.

Dennoch damit war auch das Bekanntheit zur NATO und ihrer aggressiven Politik gegen das damalige Jugoslawien verbunden, quasi die Eintrittskarte in die Regierung. Ihr Spitzenpolitiker hieß seinerzeit Joseph („Joschka“) Fischer und war Außenminister und Vizekanzler. Dieser entblödete sich nicht, die Bombardierung Serbiens damit zu begründen, dass ein „Zweites Auschwitz“ unbedingt verhindert werden müsse – welcher unsäglich historischer Vergleich! Neben unzähligen zivilen Opfern gab es vor allem schwerste Umweltschäden (Siehe Kasten). Und heute? Kein Wort mehr von Kürzungen des Rüstungsetats, keine Initiativen für friedliche Lösungen internationaler

Konflikte. Stattdessen Stärkung der NATO, vor allem gegen Russland und China. Sanktionen gegen alle, die nicht nach ihrer und der Pfeife der NATO tanzen. Parteitagsdiskussionen über den Einsatz bewaffneter Drohnen. Und zu allem Überfluss irrtümmelt Robert Habeck in der Ukraine umher und zieht angesichts der „russischen Bedrohung“ die Lieferung von „Defensivwaffen“ – was immer das sein mag – an die Ukraine in Betracht. „Politik braucht Mut, vieles anders zu machen.“ Mit diesen Worten stellte sich Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin der GRÜNEN vor, eine gleichermaßen inhaltsleere wie nichtssagende Phrase. Passt aber irgendwie zu den Mitgliedern des „Forum of Young Global Leaders“ (YGL). Zu diesem „exklusivsten privaten sozialen Netzwerk der Welt“ („Bloomberg Businessweek“) gehört – welche Überraschung! – Annalena Baerbock! Klaus Schwab, Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums, gründete 2004 diese Nachwuchsschmiede, die darauf abzielt, „Führungskräfte für nuancierte Entscheidungsfindung vorzubereiten“, also die Ausbeuter und Überdenktisch-Zieher von morgen!
- **Walter Schäfer**

Autostadt Wetzlar

Statt die Innenstädte Autofrei umzugestalten – und damit Wohnen, Bummeln und Einkaufen attraktiver zu machen – verfolgen die Wetzlarer Stadtoberen das Gegenteil.

Mit unsinnigen und teuren Parkhausbauten im Innenstadtbereich werden die rollenden und abgestellten Blechlawinen immer größer. Das vorgestrige Denken gebiert immer neue Ungeheuer: Wer in der Innenstadt baut oder eine Wohnung erwirbt, muss in Wetzlar pro Wohneinheit 2 PKW-Stellplätze vorhalten. Die entsprechende städtische Satzung ist gerade einmal 4 Jahre alt! (Eine „Rolle rückwärts“! Bis 2017 waren in Wetzlar 1,5 Stellplätze obligat.) In Marburg und

Gießen beträgt die Stellplatz-Norm pro Wohnung 1,2 bzw. 1,5 PKW-Einheiten. Bravo! Weniger ist hier mehr! Während einer der vom Wetzlarer Verkehrswende-Bündnis organisierten Fahrrad-Demos wurde an der Wohnanlage auf dem Gelände der ehemaligen Erk-Schule darüber informiert, dass mit einer Tiefgarage so viele PKW-Stellplätze errichtet wurden, dass es eklatante Leerstände gibt. Das tausendfach aufgerufene Video „Parkhauswahn in Wetzlar“ der BI „Lebenswerte Altstadt“ kommt mit detaillierten Berechnungen zu den innerstädtischen Parkraumkapazitäten zu einem ähnlich niederschmetternden Ergebnis. Aber in der Doppelstadt Wetzlar/Schilda zählen keine Argumente. -**Klaus Petri**

Kaum Opposition im Bundestag gegen Kriegseinsatz

Der Bundestag hat am 25. August über den Antrag der Bundesregierung zum "Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan" abgestimmt.

Vordergründig ging es um einen humanitären Einsatz, nämlich, nach der Machtübernahme der Taliban die Evakuierung afghanischer Mitarbeiter und deren Angehörigen zu ermöglichen. Ob dazu überhaupt ein Bundestagsbeschluss nötig sei, das bezweifelte sogar der wissenschaftliche Dienst des Bundestages. Der Beschluss hatte vielmehr die symbolische politische Funktion, nämlich, die verheerende Afghanistan-Politik der NATO unter Führung der USA zu rechtfertigen. Nicht die Lage in Afghanistan erzwingt einen Einsatz der Bundeswehr, son-

dern es verhält sich umgekehrt: Der Kriegseinsatz der Bundeswehr als Teil der NATO-Streitkräfte unter Führung der USA und die anschließende Besetzung war eine Hauptursache für die Flucht afghanischer Menschen aus ihrem Land. Die Abstimmung hat gezeigt, dass es von den Regierungsparteien CDU / CSU und SPD über Grüne und FDP bis hin zur AfD und DIE LINKE eine parteiübergreifende Mehrheit im Bundestag gibt, die zur einer Kriegspolitik bereit ist. Diese Mehrheit steht im Gegensatz zu den Umfragen, in denen sich Mehrheiten der Bevölkerung gegen Bundeswehreinsätze wenden. Den wenigen Nein-Stimmen aus der Fraktion der LINKEN, die es auch gegeben hat und die sich mutig gegen den eigenen Fraktionszwang gestellt haben, zollen wir indes Respekt. - P.G.

Aus der Geschichte lernen

Am 22. Juni jährte sich der Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Etwa 100 Menschen gedachten in Wetzlar dieses Verbrechens und warben für Abrüstung, Aussöhnung und Völkerverständigung.

Auf dem IKEA-Gelände gibt es seit 2018 eine Gedenktafel für den Buderusarbeiter und zweifachen Familienvater Erich Deibel, dem im Juli 1941 ein Schriftzug auf einer Toilettentür („ARBEITER HELFT RUSSLAND – STREIKT – AUF FÜR DIE KPD“) zur Last gelegt wurde und der dafür ein Jahr später 34-jährig wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Berlin-Plötzensee mit der Guillotine hingerichtet wurde. Daran erinnerte Klaus Petri vom Verein „Wetzlar erinnert e.V.“. An das Schicksal der osteuropäischen Zwangsarbeiter/-innen erinnerte eine junge Weißrussin als Sprecherin der hiesigen „Deutsch-bjelorussischen Gesellschaft“, deren Großmutter als junges Mädchen während des Krieges ins Deutsche

Reich verschleppt worden war. Eine weitere Station des Gedenkens war der etwa 1 km entfernt gelegene Friedhof Niedergirmes, wo im Juli 1942 eine Begräbnisstätte für knapp 300 Ausländer (verstorbene Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene) angelegt wurde. Eine Schülergruppe der Bebeschule hatte sich mit deren Schicksalen beschäftigt und referierte über menschenunwürdigste Bedingungen bis nach dem Tode der Opfer. Vertreter/-innen der katholischen und der evangelischen Kirchen wandten sich in ihren Ansprachen gegen den „Herrenmenschen“-Dünkel in Nazi-Deutschland und sprachen sich für Menschenrechte, Frieden und Völkerverständigung aus. Aus Gießen war ein Mönchspriester der orthodoxen Kirche angereist. Mitglieder der Wetzlarer DKP wiesen in einem Flugblatt auf die akut zunehmende Kriegsgefahr hin und warben für „Frieden mit Russland und China!“.

- Klaus Petri

Wie stimmten Bundestagsmitglieder aus unserer Region in der namentlichen Abstimmung zum "Bundeswehreinsatz zur Evakuierung in Afghanistan"?

Hans-Jürgen Irmer (CDU Lahn-Dill): Nicht abgestimmt.

Dagmar Schmidt (SPD Lahn-Dill): Dafür.

Bettina Hoffmann, Omid Nouripour (beide GRÜNE, Listenplätze 1 und 2 in Hessen): Dafür.

Bettina Stark-Watzinger (FDP, Listenplatz 1 in Hessen): Dafür.

Mariana Iris Harder-Kübel (AfD, Listenplatz 1 in Hessen): Enthaltung.

Christine Buchholz (DIE LINKE, Listenplatz 3 in Hessen): Enthaltung.

Quelle: Deutscher Bundestag

Wir trauern um Esther Bejarano

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der Vereinigung der VVN-BdA, kämpferische Antifaschistin, Kameradin und Genossin, ist in der Nacht zum 10.07.2021 im Alter von 96 Jahren friedlich eingeschlafen.

Wir werden Esther in Erinnerung behalten, ihre Auftritte auf den großen Bühnen genauso wie ihre Mahnung: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!".



Kaltes Parteiverbot abgewendet

Mitten in der Sommerpause musste die DKP auf Grund der Entscheidung des Bundeswahlausschusses nicht nur um ihren Wahlantritt bei den Bundestagswahlen, sondern auch um ihre Existenz als Partei bangen.

Was war geschehen? Die DKP habe auf Grund von verspätet abgegebenen Rechenschaftsberichten ihren Parteistatus verloren, so der Bundeswahlleiter. Dabei hatte die Bundestagsverwaltung die Rechenschaftsberichte der DKP in der Vergangenheit sogar attestiert.

Das Parteiengesetz formuliert in seiner Fassung von 2015, dass nicht eine verspätete Abgabe, sondern die Nichtabgabe der Berichte ein Grund zum Entzug des Parteistatus sei. Ein Unterschied zu der Rechtsauffassung der Bundestagsverwaltung und des Bundeswahlleiters. Nicht nur das: Die DKP wurde über diese eigenwillige Rechtsauffassung überhaupt nicht in Kenntnis gesetzt – nicht einmal auf Nachfrage.

Das ist ein Skandal. Er steht in einer Reihe mit dem Gebaren der Finanzämter, dem Globalisierungskritischen Netzwerk „attac“ und der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit entziehen zu

wollen. Ein besonderes Geschmäckerle: Heiko Maas twitterte noch am 10. Juli über die herausragende, leider jüngst verstorbene Antifaschistin Esther Bejarano: „Heute Nacht ist eine wichtige Stimme im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus von uns gegangen“. Ihre Identität als Kommunistin wurde indes in fast der gesamten Presse verschwiegen. Ihre Organisationen, die VVN-BdA ebenso wie die DKP, deren jahrzehntelanges Mitglied sie war, werden unterdessen hinter den Kulissen unter Druck gesetzt und in ihrer Existenz bedroht.

Zu Recht wurde die Entscheidung des Wahlleiters Ende Juli vor dem Bundesverfassungsgericht ver-

handelt. Sie endete mit einer Klatsche für den Bundeswahlleiter. Das Gericht gab dem Einspruch der DKP recht. In der Urteilsbegründung schloss es sich in allen wesentlichen Fragen der Rechtsauffassung der DKP an.

Für die DKP bedeutet das nun, dass sie als Partei weiter legal für ihre Ziele werben darf - auch bei den Bundestagswahlen. Eine Partei, die eine friedliche und sozialistische Perspektive vertritt, wird weiter dringend gebraucht.
- Dr. Wolfgang Hühn



Bernd Blümmel (57), Betriebsrat bei der Deutschen Telekom AG. Platz 1 auf der Liste der DKP Hessen.

"DKP wählen heißt: Nicht die eigene Stimme abgeben, sondern die eigene Stimme erheben. Eine Stimme für die DKP ist eine klare Aussage für eine fortschrittliche Politik, die radikal ist in dem Sinne, dass sie die Probleme bei der Wurzel packt. Wir kandidieren, um den Menschen in diesem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme gegen Kriegseinsätze und gegen Armut zu erheben. In anderen Worten: Wer DKP wählt, wählt die sozialistische Alternative zum Kapitalismus."



Kommunisten wählen!



Kontakt

DKP Lahn-Dill
E-Mail: lahn-dill@dkp.de
Web: www.lahn-dill.dkp.de

V.i.S.d.P.: Walter Schäfer, c/o DKP
Lahn-Dill, Hansteinstraße 4. 60318
Frankfurt

Diskussionsveranstaltung

Mit Bernd Blümmel, Spitzenkandidat der DKP Hessen.

Zu den Positionen der DKP bei den Bundestagswahlen
Freitag, 10.09., ab 18:00 Uhr im Haus der Naturfreunde, Schützenstraße 13, Wetzlar